



Geheimverhandlungen zu Staat und Kirche?

Forumsbeitrag für die liechtensteinischen Tageszeitungen vom 19. Januar 2012

Der Verein für eine offene Kirche hat sich seit Anbeginn konstruktiv an den Diskussionen «Kirche–Staat» beteiligt. Auch zum Vernehmlassungsbericht 2011 reichte der Verein eine ausführliche Stellungnahme ein (siehe www.offenekirche.li).

In letzter Zeit haben sich Vorgänge abgespielt, die bei uns Unbehagen auslösen und uns zu kritischen Fragen veranlassen. Wie inzwischen öffentlich bekannt wurde, ist im Herbst 2011 eine kleine Delegation mit Prinz Nikolaus von Liechtenstein zu zwei Treffen mit dem Nuntius Diego Causero nach Zürich gefahren. Die Vorsteherkonferenz entsandte dazu zwei Vertreter. Der Nuntius seinerseits lud den umstrittenen Churer Generalvikar Martin Grichting zu den Gesprächen ein. Grichting, der in dieser Runde wohl federführend ist, lehnt die demokratischen Elemente des schweizerischen Staatskirchenrechts ab. Er vertritt unseres Erachtens ein autoritär-klerikales Kirchenverständnis.

Uns stellen sich zu dieser Art von «Geheimdiplomatie» einige Fragen: Wer hat ein Mandat zu diesen Treffen erteilt? Was ist die Absicht dieser Gespräche? Ist es der Abschluss eines Konkordats mit dem Heiligen Stuhl oder ist es eine andere Art von Vertrag? Wer sind hier die Vertragsparteien, welches sind die Inhalte eines solchen Vertrags? Wie werden die Mitglieder der katholischen Kirche in Liechtenstein in solche Verhandlungen und Entscheidungen einbezogen? – Bereits die Errichtung des Erzbistums Vaduz wurde über die Köpfe der Katholiken hinweg durchgedrückt. Wir sind in grosser Sorge, dass man uns nun auch die Vereinbarungen mit der katholischen Kirchenleitung ohne Rücksicht auf die Ortskirche aufzwingt.

Immerhin ist es erfreulich, dass Gemeinden und Vorsteher deutlicher in die Diskussion «Kirche–Staat» einbezogen werden. Erfreulich sind auch erste bekannt gewordene Ergebnisse, die man offenbar in Zürich erzielen konnte: Dass nämlich das Kirchengut in öffentlicher Hand bleibt (Gemeinden, Bürgergenossenschaften), und dass man anstelle einer reinen Spendenfinanzierung eine Mandatssteuer prüft. Beide Positionen finden die Zustimmung des Vereins für eine offene Kirche.

Wir wünschen uns aber von der Regierung mehr Transparenz, ebenso mehr theologische Kompetenz in diesen Vorgängen. Auch erwarten wir eine klare Aussage, ob der Staat am paritätischen Grundgedanken des geplanten Religionsgesetzes festhält und mit allen Religionsgemeinschaften entsprechende Gespräche führt, oder ob der Staat weiterhin exklusiv und geheim mit der katholischen Amtskirche verhandeln will? Um die von der Regierung im Jahr 1999 eingesetzte Arbeitsgruppe Kirche–Staat ist es mittlerweile still geworden. Eine Wiederbelebung und Fortführung dieser Arbeitsgruppe würden wir ausdrücklich begrüßen. Gerne würden wir darin aktiv mitarbeiten.

Der Vorstand des Vereins für eine offene Kirche:

Susanne Falk-Eberle, Franziska Frick, Claudia Nigg-Konzett, Sr. Lisbeth Reichlin, Luzia Risch, Klaus Biedermann, Erich Ospelt